

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

02.06.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /

Ratsbüro

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Montag, 16.05.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:01 Uhr - 18:13 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 29.03.2011 - öffentlicher Teil**
0208/2011
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Stadtmitte West, Regionale 2010 / stadt :gestalten - Maßnahmebeschluss**
0232/2011
0232/2011/1

- 6. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 6.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2011 zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**
0226/2011
- 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 15.05.2011 zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**
- 7. Anträge der Fraktionen**
- 7.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDitiative vom 04.04.2011 zur Aufstellung eines Sanierungskonzeptes Straßen**
0202/2011
- 7.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2011 zur Änderung der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**
0219/2011
- 8. Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet um 17:01 Uhr die elfte Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Herr Urbach stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung ist Herr Sirmasac (Fraktion DIE LINKE./BfBB) entschuldigt. Von Seiten der Verwaltung ist Herr Kötter (14) entschuldigt, der durch Herrn Francois (14) vertreten wird.

Herr Urbach benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 05.05.2011 mit den dazugehörigen Vorlagen und Erläuterungen,
- einen Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP A 5 als Tischvorlage,
- die ergänzende Vorlage Nr. 0232/2011/1 zu TOP A 5 als Tischvorlage sowie
- einen Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 15.05.2011 zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach als Tischvorlage.

Herr Urbach lässt daraufhin über die Aufnahme des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in die Tagesordnung abstimmen.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 15.05.2011 zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 16.05.2011 aufgenommen.

Mit dem Vorschlag von Herrn Urbach, den Antrag als Tagesordnungspunkt A 6.2 in die Tagesordnung aufzunehmen, zeigen sich die Ratsmitglieder einvernehmlich einverstanden.

Herr Urbach weist darauf hin, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege, die in der heutigen Sitzung jedoch nicht berücksichtigt werden könne. Die Einwohnerfrage werde in der Sitzung des Rates am 31.05.2011 beantwortet.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.03.2011 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 29.03.2011 - öffentlicher Teil 0208/2011

Herr Urbach erläutert, eine Aktualisierung des Berichtes über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 29.03.2011 – öffentlicher Teil – werde mit der Niederschrift erfolgen:

Zu TOP 7.a Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2011
0155/2011

Da zur Zeit noch kein schriftlicher Bescheid des Kreises über die Einmalzahlung vorliegt und somit dieser Betrag nicht angeordnet werden kann, ist noch keine Deckung vorhanden. Der Kämmerer hat somit noch nicht der Leistung und Deckung dieser außerplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung zugestimmt.

Zu TOP 11: Kampagne „Fairtrade-Towns“
0088/2011

Am 05.05.2011 hatten sich rund 30 geladene Gäste zur Gründung einer Steuerungsgruppe, die die Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt koordiniert, im großen Ratsaal Rathaus Stadtmitte eingefunden. Hendrik Meisel, Botschafter für die Kampagne Fairtrade-Towns, referierte über den Fairen Handel und die fünf Transfair-Bewertungskriterien und stellte diverse Aktionsmöglichkeiten für Schulen, Vereine und den Einzelhandel vor. Ziel der Auftaktveranstaltung war es, wichtige Multiplikatoren der Stadt umfassend über die Kampagne zu informieren, um am Ende verbindliche Zusagen für eine aktive Teilnahme an der Steuerungsgruppe zu erhalten. Bislang haben 14 Personen bzw. Institutionen die aktive Mitarbeit in der Steuerungsgruppe verbindlich zugesagt.

Zu TOP 12 Stadtteil- und Sozialraummanagement Bergisch Gladbach/Netzwerk Gronau - Hand
Förderprogramm des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“
0004/2011

Der LVR hat der Stadt Bergisch Gladbach mit Schreiben vom 03.05.2011 mitgeteilt, dass „der mit der Interessensbekundung vorgelegte Rahmenplan und die dort dargelegte Konzeption (...) insgesamt sehr überzeugend“ seien und dass es „positiv [sei], dass bereits ein politischer Beschluss zur Umsetzung der Maßnahme vorliegt und dass konkrete Zielgruppen – der Fokus soll zunächst auf den jungen Migrantinnen und Migranten, auf benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie auf Alleinerziehende und kinderreiche Familien liegen – klar benannt sind.“ Der Antrag zu Teilnahme an dem Förderprogramm wird derzeit erarbeitet.

Zu TOP 13 Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Organisationsstruktur und Steuerung, Projekte 2011
0657/2010

Es wird beschlussgemäß verfahren. Die konstituierende Sitzung des „Steuerungskreis Bildungslandschaft“ findet am Mittwoch, den 20.07.2011 um 17.00 Uhr statt. Hierzu werden die Mitglieder gesondert eingeladen. Die Umsetzung der Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft erfolgt wie in der Vorlage beschrieben.

Zu TOP 14 HSK Maßnahme 4.400.3, Schülerspezialverkehre
0121/2011

Der Schülerspezialverkehr zu den Grundschulen in Moitzfeld und Herkenrath wurde inzwischen in einem stark verringerten Umfang ausgeschrieben. Das Ausschreibungsergebnis ist Mitte Juni zu erwarten.

Zu TOP 15 Anmietung einer Bewegungshalle für die VHS

0097/2011

Die Bewegungshalle wurde zu den angegebenen günstigen Konditionen angemietet. Die Programmplanung für das Herbstsemester 2011 im Bereich Bewegung und Prävention ist abgeschlossen. Im Rahmen des Semesterschwerpunktes 2011 „Gesundheit und Prävention“ wurde das Programmangebot, welches in der Bewegungshalle stattfindet, noch weiter ausgebaut.

Zu TOP 19 Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die Durchführung des Rettungsdienstes in Odenthal sowie über die notärztliche Versorgung in Overath, Rösrath und Kürten

0119/2011

Die Vereinbarungen wurden von Bürgermeister und Fachbereichsleiter unterzeichnet und dem Landrat übersandt, der die Vereinbarungen ebenfalls noch unterschreiben muss, bevor diese wie vorgesehen veröffentlicht werden.

Zu TOP 27 Bebauungsplan Nr. 6321 – Saaler Mühle

- **Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung**
- **Beschlüsse zum städtebaulichen Vertrag**
- **Beschluss als Satzung**

0016/2011

Die Satzung wurde am 05.05.2011 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zum „Fairtrade-Frühstück“

Herr Urbach lädt die Mitglieder des Rates und alle anderen Interessierten zur Teilnahme an dem für den 25.05.2011 terminierten „Fairtrade-Frühstück“ auf dem Wochenmarkt Konrad-Adenauer-Platz ein. Es handele sich dabei um eine weltweite Aktion; es würden Brötchen mit fair gehandelten Brotaufstrichen zu frisch aufgebrühtem fair gehandelten Kaffee und fair gehandelten Obstsaften gereicht und entsprechendes Informationsmaterial ausgegeben.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. Stadtmitte West, Regionale 2010 / stadt :gestalten
- Maßnahmebeschluss

0232/2011

0232/2011/1

Herr Dr. Metten begibt sich auf Grund von Befangenheit in den Zuhörerbereich des Sitzungssaales.

Herr Urbach erläutert die den Ratsmitgliedern mit der Sitzungseinladung übersandte und mittels eines Ergänzungsblattes aktualisierte Vorlage Nr. 0232/2011 sowie die als Tischvorlage vorgelegte Ergänzungsvorlage Nr. 0232/2011/1, die das Ergebnis eines Gespräches vom 15.05.2011 sei und über die der Rat heute Beschluss fassen solle.

Herr Ziffus zieht den als Tischvorlage vorgelegten Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP A 5 zurück. Nach den Diskussionen und Entwicklungen der vergangenen Tage habe sich dieser erübrigt.

Herr Lang erläutert, der Rat habe heute eine „Jahrhundertentscheidung“ zu treffen, über die die Ratsmitglieder ausschließlich nach ihrer eigenen Überzeugung zur Förderung des allgemeinen Wohls entscheiden und sich nach dem Willen der Wähler richten sollten. Zur Gewährleistung dessen werde die Fraktion DIE LINKE./BfBB im weiteren Verlauf der Beratungen einen alternierenden Beschlussvorschlag beantragen, der unter den Vorbehalt gestellt werden solle, dass die Fördermittel nicht zurückgefordert würden. Wertvolle, barrierefreie Natursteine und der Erhalt eines einmaligen, geschichtsträchtigen Kunstwerkes stünden billigerem, eintönigem Zementmaterial gegenüber. Eine Firma habe ihm versichert, dass auch Natursteine inzwischen so bearbeitet würden, dass sie „behindertengerecht“ seien. Auch auf dem Konrad-Adenauer-Platz habe es Unfälle gegeben, und dort sei ein Austausch des Pflasters, anders als in anderen unbeschädigten gefahrlosen Bereichen, nicht vorgesehen. In den Zuschussrichtlinien gebe es keine Bestimmung, nach der die Bewilligung entfallen könne, wenn der Rat den Vorschlägen der Fraktion DIE LINKE./BfBB folge. Die bisher bewilligten Mittel würden ausreichen, um den Konrad-Adenauer-Platz einzubeziehen und Natursteine zu verwenden, wenn die intakten Bereiche unverändert blieben. Er sehe beispielsweise keinen Sinn darin, die Flächen zwischen Buchmühlenweg und Marktplatz sowie zwischen Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße und Poststraße und andere intakte Flächen zu erneuern.

Herr Kamp verliest den dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Wortbeitrag.

Herr Kremer antwortet auf die Fragen von Herrn Kamp, die Kanaldichtheitsprüfung innerhalb des Straßenraumes sei in diesem Bereich abgeschlossen; die Eigentümer wollten noch die auf ihren eigenen Grundstücken notwendigen Maßnahmen durchführen. Es sei damit sichergestellt, dass der neue Straßenbelag nicht wieder für Kanalsanierungen als Folge aus den Dichtheitsprüfungen geöffnet werden müsse.

Herr Urbach antwortet ergänzend, für eine Sanierung des Pflasters in der Innenstadt könnten auch bei einem Wegfall der Regionale-Fördermittel keine Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW erhoben werden, da die Abrechnung der Beiträge für den jetzigen Straßenbelag der Fußgängerzone erst im Jahr 1996 erfolgt sei und vor Ablauf von 25 bis 30 Jahren keine Beiträge für Erneuerungen abgerechnet werden könnten.

Herr Waldschmidt signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 0232/2011/1. Den Vorwurf mangelnden Verantwortungsbewusstseins weise er für die SPD-Fraktion, die immer hinter der Regionale gestanden und mit Herrn Bürgermeister Orth in der vergangenen Ratsperiode gemeinsam mit der CDU-Fraktion der Regionale Vorschub gegeben habe, ganz klar zurück. Es sei zudem eine reine Fehlinformation, dass die SPD-Fraktion das alte Pflaster habe erhalten wollen; es habe lediglich Gedankenspiele zur Verlegung eines neuen Strundebandes mittels der barrierefreien Verlegung eines neuen Natursteines gegeben. Die diesbezüglich ablehnende Haltung des Planers habe die SPD-Fraktion jedoch akzeptiert. Zudem gebe es keinerlei Äußerung seitens der SPD-Fraktion, dass die Barrierefreiheit der Fußgängerzone nicht in vollem Umfang hergestellt werden solle. Der Einspruch der SPD-Fraktion gegen die Entscheidung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr sei begründet gewesen in den zu diesem Zeitpunkt noch unbeantworteten Fragen und der kritisch bewerteten Größe und Materialität der ausgewählten Steine. Es sei das Recht und die Pflicht der Ratsmitglieder, Vorlagen kritisch zu durchleuchten. Auch nach der Sitzung des Rates am 29.03.2011 habe die SPD-Fraktion Verantwortung gezeigt, indem sie die anderen Fraktionen zu einem ersten Gespräch eingeladen habe, aus dem sich weitere Erörterungen mit dem Planer, den Fraktionen, der ISG, der Verwaltung, der Behindertenbeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach und behinderten Menschen ergeben hätten. Es sei immer das Ziel der SPD-Fraktion gewesen, in der heutigen Sitzung zu einem Ergebnis zu kommen. Nach wie vor habe die SPD-Fraktion große Bedenken gegenüber der Verlegung des beliebigen, austauschbaren und unansehnlichen Betonsteines und bevorzuge die Verlegung des hochwertigen Natursteines Grauwacke, der der Stadt auch eine Identität geben werde.

Herr Ziffus wiederholt sein Lob für das Gesamtkonzept; die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe bereits zu früheren Zeitpunkten nahezu identische Konzepte entwickelt. Die Fußgängerzone Bergisch Gladbach habe eine sehr gute soziale und ökologische Funktionalität. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr habe den richtigen Beschluss gefasst, die 34 Baumstandorte – wenn auch nicht an jeweils gleicher Stelle – zu erhalten. Auch die Sitzgelegenheiten sollten in akzeptabler Qualität wieder geschaffen werden. Die an die Fußgängerzone angrenzenden Immobilien würden durch die Neugestaltung Wertsteigerungen erfahren; die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würde es daher begrüßen, wenn der Beitrag der Eigentümer deutlich höher wäre als nach jetzigem Stand. Diese könnten sich vielleicht auch an der Finanzierung der wünschenswerten Installation von „Wasserspielen“ beteiligen. Erst fünf Tage vor der heutigen Sitzung habe die Verwaltung den Ratsmitgliedern ihre Kalkulationsgrundlagen übermittelt und auf Basis dieser Daten liege mittlerweile ein Angebot zu einer Grauwacke-Verlegung vor, das sich im finanziellen Rahmen bewege. Erst vor einem halben Jahr sei der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zum ersten Mal mit der Planung befasst worden; es sei in weiten Teilen „am Rat vorbei geplant worden“, woraus sich auch die Turbulenzen der vergangenen Wochen ergeben hätten. Der Beschlussvorschlag solle unter Ziffer 1. um den Satz „Der Rat bestätigt zugleich den Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zur Baumbepflanzung.“ ergänzt werden.

Herr Urbach entgegnet in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Ziffus zu den Kalkulationsgrundlagen, er habe die Ratsmitglieder in der vergangenen Sitzung ausdrücklich gebeten, ihre konkreten Fragen an die Verwaltung zu richten. Es sei nicht üblich, Kalkulationen im Detail vorzulegen, sondern den jeweiligen Vorlagen Kostenschätzungen beizufügen. Die Politik sei nach bewährter Struktur zunächst über den Beirat einbezogen worden, bevor konkrete Beschlüsse getroffen worden seien.

Herr Ziffus entgegnet wiederum, er sei das im Vergleich mit dem Niveau der Abfall- und Abwassergebührenkalkulationen niedrige Niveau der Kalkulation der Kosten für die Neugestaltung der Fußgängerzone nicht gewohnt.

Herr Urbach weist darauf hin, dass es sich dabei um zwei unterschiedliche Sachverhalte handele.

Herr Nagelschmidt ergänzt, Herr Kurz habe allen Interessierten eine sehr umfangreiche Ausführung zu der Kalkulation gegeben. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe aber mit ihrem mittlerweile aus gutem Grund zurückgezogenen Antrag eine eigene Kalkulation vorgelegt, in der viele Positionen „vergessen“ worden seien, was bei Herrn Ziffus wohl zu Enttäuschung geführt habe. Daraus könne der Verwaltung kein Vorwurf gemacht werden.

Herr Santillán äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion DIE LINKE./BfBB. Dieser sei kein Kompromiss, sondern die Niederlage der Naturstein-Befürworter und diene nur dazu, diesen die Möglichkeit zu geben, ihr Gesicht zu wahren. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB fordere die Sanierung der gesamten Fußgängerzone als Denkmal, die Sicherstellung der Barrierefreiheit und den Erhalt der Strunde-Darstellung. Diese Sanierung wäre auch nach den Förderrichtlinien förderfähig und damit finanzierbar. Zwei Drittel der Fußgängerzone seien aktuell völlig intakt. Es sei vor diesem Hintergrund besonders interessant, dass eine Sanierung des Konrad-Adenauer-Platzes nicht Bestandteil des Beschlussvorschlages sei, obwohl sich dort die meisten Unfälle ereignen würden. Für die in fünf Jahren zu erwartende Sanierung des Betonsteinbelages werde die Stadt wohl keine Mittel mehr aufbringen können. Die gesamte Regionale 2010 sei ein „Desaster“ und ein „gigantisches Steuerverschwendungsprojekt“ und werde deutlich teurer, als es jetzt „vorgegaukelt“ werde. Auch die Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen seien Steuergelder; eine Sanierung wäre deutlich günstiger als die geplante Neugestaltung.

Herr Urbach nimmt entgegennend Bezug auf eine aktuelle E-Mail der Hauptkonservatorin/Abteilungsleiterin Inventarisierung beim Amt für Denkmalpflege, in der es heiße: „Nach einer Begehung am 11.05.2011 [...] und nach Vorstellung des Objektes an die Denkmlerkommission des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland am 13.05.2011 sind wir nach gründlicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fußgängerzone nicht die Kriterien erfüllt, die gemäß dem Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen Voraussetzung für die Ausweisung eines Baudenkmals sind.“

Herr Dr. Fischer erluert, nach nunmehr zweieinhalbjhriger Planung sei bekannt, dass das alte Pflaster nicht zu retten sei. Es sei merkwürdig, wenn diese unrealistische und unbezahlbare Variante nun von der Fraktion DIE LINKE./BfBB aufgegriffen werde. Für die FDP-Fraktion habe die Förderung Vorrang und sie favorisiere den Weg der Verwendung eines günstigeren Materials vor der Alternative des Verzichts auf die Sanierung eines Teils der Fußgängerzone. Auch ein Betonstein könne bei guter Verlegung eine sehr ordentliche Optik bieten und müsse mit Sicherheit nicht nach fünf Jahren erneuert werden. Dass die SPD-Fraktion die Angelegenheit hinterfragt habe, sei ihr gutes Recht gewesen. Der dazu beschrittene Weg über die kurzfristige Einlegung eines Einspruchs, der schließlich in sich zusammengefallen sei, sei jedoch nicht förderlich gewesen. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, für den die SPD-Fraktion sicherlich eine Mehrheit erhalten hätte, wenn sie ihn in der vergangenen Ratssitzung alternativ unterbreitet hätte.

Herr Mömkes äußert die Zustimmung auch der CDU-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag, mit dem die Regionale in der Stadtmitte West mit einem hochwertigen Planungsentwurf endlich realisiert und eine moderne Fußgängerzone gestaltet werden könne. Dem sei ein langer Prozess vorausgegangen, der zu vielen konstruktiven Beratungen zwischen Rat und Verwaltung geführt habe. Die Regionale solle eine Entwicklung voranbringen, die die Stadt für die nächsten 30 Jahre prägen werde und auch private Investitionen anregen solle. Er gehe davon aus, dass die betreffenden Grundeigentümer bereit seien, einen großen Beitrag zu leisten, so wie es nun schon auch auf freiwilliger Basis der Fall sei, wofür die CDU-Fraktion sehr dankbar sei. Herr Mömkes weist darauf hin, in der neu gestalteten Fußgängerzone werde ein eleganter Stein verlegt, der insgesamt ein deutlich gehobenes Bild und Wertigkeitsgefhl liefern werde. Die Menschen würden die Fußgängerzone zum Zwecke des Einkaufs, der Kommunikation und des Aufenthaltes aufsuchen, wodurch die Identität der Fußgängerzone geprägt werde. Der aus den Wortbeiträgen entstehende Eindruck, die Besucher der Fußgängerzone würden ihren Blick ausschließlich auf den neuen Straßenbelag richten, sei nicht zutreffend. Dies sei nur dann der Fall, wenn der Belag – wie in der aktuellen Situation – eine „Stolperfalle“ sei.

Herr Lang entgegnet, die Fußgängerzone sei in ihrer jetzigen Gestaltung ein in der Welt einmaliges Kunstwerk, das es zu erhalten gelte, so wie es die Fraktion DIE LINKE./BfBB fordere. Herr Lang verweist auf von ihm zusammengestellte rechtliche Vorschriften, nach denen die Finanzierung einer Sanierung entgegen der Darstellung der Verwaltung nicht gefährdet sei, und auf einen Fragenkatalog der Fraktion DIE LINKE./BfBB, der beantwortet werden solle. [Diese Unterlagen sind der Niederschrift als Anlagen beigefügt.] In der Einladung werde darauf hingewiesen, ein Gutachter werden den Ratsmitgliedern in der heutigen Sitzung Rede und Antwort stehen, was jedoch nicht der Fall sei. Zentral sei die Frage zu beantworten, ob die Auskunft zutreffe, dass die „Industrie sich umgestellt habe und Steine liefere, die absolut behindertengerecht“ seien und ob es zutreffe, dass der vorgeschlagene Stein zu weich sei und statt dessen ein Hartstein verwendet werden solle, wodurch keine höheren Kosten entstnden. Herr Lang macht darauf aufmerksam, dass der Bürgermeister auch einen anderen Fragenkatalog der Fraktion DIE LINKE./BfBB bisher nicht beantwortet habe.

Herr Urbach entgegnet, der Fragenkatalog der Fraktion DIE LINKE./BfBB, der der Verwaltung soeben übergeben worden sei, umfasse 25 Fragen, von denen mehrere auch noch nach den Buchstaben a) bis g) unterteilt seien. Es sei der Verwaltung nicht möglich, ad hoc eine derartige Zahl von

Fragen zu beantworten. Es sei in der Geschäftsordnung festgelegt, dass Anfragen zurückgewiesen werden dürfen, wenn die Beantwortung offenkundig mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden wäre. Auf die weiteren Ausführungen von Herrn Lang antwortet Herr Urbach, die Gefahr eines Verlustes der Fördermittel bestehe darin, dass die Anerkennung für das „Gesamtpaket“ Regionale ausgesprochen worden sei. Wer das Paket ändere, laufe Gefahr, dass Fördermittel zumindest zum Teil verloren gehen. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde dieses Risiko nicht eingegangen, denn dieser bewege sich im Rahmen der als förderfähig anerkannten Gesamtmaßnahme.

Herr Schütz erläutert, in der heutigen Sitzung werde eine Entscheidung mit einer wahrscheinlich breiten Mehrheit getroffen, was besser sei als ein mit knapper Mehrheit gefasster Beschluss. Vor dem Hintergrund der dadurch wahrscheinlich erreichten Akzeptanz der Entscheidung in der Bevölkerung sei die Verzögerung letztendlich positiv zu bewerten.

Frau Beisenherz-Galas ergänzt, der neue Beschlussvorschlag eröffne die richtige Alternative der Auswahl eines Natursteines an Stelle eines Betonsteines. Es sei der Bevölkerung nicht egal, welcher Stein in der Fußgängerzone verlegt werde, und der Bürgerwille sei ernst zu nehmen.

Für Herrn Santillán geht es mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag darum, eine Verlegung von Betonsteinen zu beschließen. Dies sei aus den Wortbeiträgen von Herrn Mömkes und Herrn Dr. Fischer deutlich geworden. Herr Santillán verliest den dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB.

Herr Lang beantragt ergänzend, diesen von der Fraktion DIE LINKE./BfBB beantragten Beschlussvorschlag unter den Vorbehalt zu stellen, dass die „Bezuschussung nicht gefährdet“ sei. Er sei sich absolut sicher, dass der Regierungspräsident zu Gunsten der Stadt Bergisch Gladbach entscheiden werde, wenn ihm ein solcher Beschluss vorgelegt werde.

Herr Dr. Mieke fragt Herrn Santillán unter Bezugnahme auf die Ziffern 2. und 3. des Beschlussvorschlages in der Vorlage, worin sich dessen Behauptung begründe, es erfolge heute ein Beschluss zur Verlegung von Betonsteinen.

Herr Dr. Baeumle-Courth entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Lang, der Rat mache nicht Politik für die Wähler, sondern für alle Bürger der Stadt Bergisch Gladbach, wovon auch die Bürger umfasst seien, die sich an der Kommunalwahl nicht beteiligt hätten. Auf die Ausführungen von Herrn Mömkes entgegnet er, die Gestaltung des Straßenbelages sei den Besuchern der Fußgängerzone keinesfalls egal. Die Gestaltung der Fußgängerzone müsse auch einen Wiedererkennungswert gewährleisten und dürfe nicht ausschließlich nach ökonomischen Aspekten erfolgen.

Herr Urbach erläutert, er werte den mit der Vorlage Nr. 0232/2011/1 vorgelegten Beschlussvorschlag im Vergleich mit den Anträgen der Fraktion DIE LINKE./BfBB als weitergehend und werde daher zunächst über ersteren – ergänzt um den Vorschlag von Herrn Ziffus zu Ziffer 1. des Beschlussvorschlages – abstimmen lassen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./BfBB (zwei Gegenstimmen) folgenden **ergänzten Beschluss**:

- 1. Der Rat beschließt den Endausbau des Bahnhofsvorplatzes und der Fußgängerzone (Umfang siehe Anlage 1 der Vorlage 0232/2011) auf Basis des Entwurfes Landschaftsarchitektur Fischer. Der Rat bestätigt zugleich den Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zur Baumbepflanzung.**
- 2. Bei der Ausschreibung des ausgewählten Betonsteins gemäß Muster 3 wird alternativ Grauwacke (Bedarfsposition) als Naturstein ausgeschrieben.**

3. **Der Rat zieht die Entscheidung über die Materialität des Belags an sich. Nachdem die Ausschreibungsergebnisse vorliegen, entscheidet der Rat über die Materialität und Vergabe zwischen Betonstein und Naturstein (Grauwacke) im Rahmen der Mittel der Regionale 2010.**

Der Rat zieht hierfür die Entscheidung über Materialität und Vergabe an sich. Gegebenenfalls ist hierfür eine Sondersitzung einzuberufen, um eine weitere Verzögerung zu vermeiden.

Herr Dr. Metten kehrt an seinen Platz zurück.

6. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
6.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2011 zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**
0226/2011

und

- 6.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 15.05.2011 zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**

Die Ratsmitglieder zeigen sich mit dem Vorschlag von Herrn Urbach, über die beiden Anträge in einer einzigen Abstimmung Beschluss zu fassen, einvernehmlich einverstanden.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Umbesetzung in Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach werden angenommen.

7. **Anträge der Fraktionen**
7.1 **Gemeinsamer Antrag der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDitiative vom 04.04.2011 zur Aufstellung eines Sanierungskonzeptes Straßen**
0202/2011

Herr Ziffus weist darauf hin, dass ein „Sanierungskonzept Straßen“ nach seinen Unterlagen schon seit zwei oder drei Jahren vorliege.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr überwiesen.

- 7.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2011 zur Änderung der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**
0219/2011

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

8. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Zustand einer Straße

Herr Dr. Baeumle Courth wiederholt seine Frage aus der vergangenen Sitzung des Rates, wann die Schäden an der Straße Moitzfeld im Bereich Kreuzung Müller-Frank-Straße/Friedrich-Ebert-Straße ausgebessert würden.

Herr Urbach antwortet, die größeren Schäden seien zwischenzeitlich ausgebessert worden. Im Sanierungsplan habe die Straße die Priorität 1.

Herr Mömkes: Anfragen zur Verkehrssituation

Herr Mömkes fragt, ob die Verwaltung die provisorischen Ampeln im Bereich Dechant-Müller-Straße überprüfen könne, die heute im Zusammenhang mit der Fahrbahnverlegung auf Grund des Baus des Regenrückhaltebeckens an der Hauptstraße zu Verkehrsstauungen vor Allem im Bereich Driescher Kreisel geführt hätten.

Dies wird von Herrn Schmickler zugesagt. Die verkehrliche Entwicklung werde von der Verwaltung beobachtet.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zu Straßensanierungen

Herr Dr. Fischer fragt, ob dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zur nächsten Sitzung eine Liste vorgelegt werde, welche Straßen mit den für Straßensanierungen zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 1,2 Mio. EUR saniert würden.

Herr Urbach antwortet, diese Liste sei der Vorlage als Anlage beigelegt gewesen.

Herr Santillán: Anfrage zur Straßenreinigung

Herr Santillán fragt, ob es zutreffe, dass die untere Hauptstraße nicht mit Maschinen gereinigt werde, weil diese angeblich zu groß seien. Sofern dies zutreffe, verweise er auf die Möglichkeit der Reinigung mit kleineren Maschinen.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde dem nachgehen.

Herr Santillán: Anfrage zum Kino Bensberg

Herr Santillán fragt, was die Verwaltung in der Sache unternehmen könne, dass das Kino Bensberg nach Presseberichten nur zwei Rollstuhlplätze bereithalten werde. In anderen Kinos würden üblicher Weise vier bis sechs Rollstuhlplätze zur Verfügung stehen.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde diesen Hinweis aufgreifen.

Herr Santillán: Anfrage zum Zustand eines Basketballplatzes

Herr Santillán fragt, ob die Verwaltung beabsichtige, die Schäden auf dem Basketballplatz an der Saaler Mühle zu reparieren, die bei den Nutzern des Platzes zu Verletzungen führen würden.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde dem nachgehen.

Herr Kamp: Anfrage zum Refrather Kahnweiher

Herr Kamp fragt, ob die Verwaltung beabsichtige, das mittlerweile bis zum Rand mit Sand gefüllte Sandrückhaltebecken vor der Einmündung des Baches in den Refrather Kahnweiher zu leeren.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde dem nachgehen.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zur unansehnlichen Umgebung einer städtischen Immobilie

Herr Nagelschmidt fragt, ob die Verwaltung die nähere Umgebung der Immobilie neben dem Quirl's, die sich im Eigentum der Stadt befinde, von Unrat und Unkraut reinigen und ansprechender gestalten könne.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde dies aufgreifen. Der Bereich sei tatsächlich sehr unansehnlich.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:07 Uhr.